

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 352.10 / 16.06.2010

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 17 – Flächendeckende hausärztliche Versorgung

Dazu sagt die gesundheitspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

Nach der Diagnose muss die Therapie folgen

In vielen Gemeinden in Schleswig-Holstein gibt es keine Einkaufsmöglichkeiten mehr und keine Post. Das ist schlimm genug, gerade für die Älteren und diejenigen, die nicht so mobil sind. In vielen Regionen im ländlichen Raum könnte bald auch noch die Hausarztpraxis fehlen. Wenn wir nicht rechtzeitig gegensteuern. Deswegen begrüße ich den vorliegenden Bericht.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, nach dem Bericht muss auch gehandelt werden! Oder wie es in der Medizin heißt: Nach der Diagnose muss die Therapie folgen. Therapievor schläge liegen ja auch schon vor: Unser Bundesgesundheitsminister Rösler von der FDP will über eine Landarztquote vorschreiben, wer sich später wo niederlassen darf. Wo bleibt da die Niederlassungsfreiheit?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was spricht noch gegen den Vorschlag? Vom Beginn des Medizinstudiums bis zum erfolgreichen Abschluss der Facharztweiterbildung vergehen mindestens elf Jahre. Wenn wir also in Schleswig-Holstein heute mit der Umsetzung des Vorschlages unseres Bundesgesundheitsministers beginnen würden, dann haben wir in Schleswig-Holstein in zehn Jahren etwa 900 Ärztinnen und Ärzte zu wenig. So wird es nicht gehen!

Dann schauen wir uns doch einmal an, wie es mit den Vorschlägen auf Landesebene aussieht. Die Haushaltsstrukturkommission von CDU und FDP plant, das Medizinstudium von Lübeck nach Kiel zu verlagern. So, als plane sie einen einfachen Umzug von einer Wohnung in eine andere. Qualität und Quantität der Lehre aus Lübeck in einen großen Karton und ab nach Kiel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sind Sie sich über die Konsequenzen im Klaren? Wissen Sie, wie eine Universitätsklinik funktioniert? Welche Laborplätze in der Vorklinik erforderlich sind? Welche Bedingungen in der Klinik nach der Approbationsordnung für Ärzte vorgeschrieben sind? Und Sie meinen, dies alles ließe sich so einfach von Lübeck nach Kiel verlagern? Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Das wird so nicht funktionieren!

Die Kassenärztliche Vereinigung warnt zu Recht vor einem drohenden Ärztemangel im Land. Die Akademischen Lehrkrankenhäuser im Großraum Lübeck warnen vor einem Nachwuchsmangel. Die Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein warnt vor zunehmenden Schwierigkeiten bei Stellenbesetzungen. Und Sie schlagen alle Warnungen in den Wind nach dem Motto: Augen zu und durch! Das ist falsch, das ist fahrlässig, und das werden wir Grüne Ihnen nicht durchgehen lassen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein gehen die Ärzte aus und sie wollen das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein privatisieren und das Medizinstudium in Lübeck einstampfen. Wenn unserem Gesundheitsministerium die Sicherung der medizinischen Versorgung und die Zukunft der hausärztlichen Praxen wichtig sind, dann muss es sich umgehend in die Debatte zur Universität Lübeck und den Medizinstudienplätzen einschalten. Das wäre das Mindeste. Und ich fordere im Namen meiner Fraktion, dass sich alle Verantwortlichen dafür einsetzen, dass endlich der Lehrstuhl für Allgemeinmedizin in Schleswig-Holstein besetzt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird die Inanspruchnahme hausärztlicher Leistungen in den nächsten Jahren steigen. Davon müssen wir ausgehen. Um mehr Ärztinnen und Ärzte für eine hausärztliche Tätigkeit zu gewinnen, müssen die Arbeitsbedingungen attraktiver werden. Das bedeutet, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden muss. Das bedeutet, dass das Risiko einer Praxisübernahme überschaubarer werden muss. Und das bedeutet, dass über moderne Notdienstregelungen gesprochen werden muss. Hierzu hat die kassenärztliche Vereinigung konstruktive Vorschläge gemacht, die ergebnisoffen geprüft werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Patientinnen und Patienten in Schleswig-Holstein wollen eine gute medizinische Versorgung. Dazu brauchen wir eine gute hausärztliche Versorgung genauso wie gute Krankenhäuser. Und eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren im Gesundheitswesen. Ich beantrage für meine Fraktion die weitere Beratung im Sozialausschuss.
